



WIRTSCHAFT & POLITIK

Positionspapier der IHK Berlin zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2026



Verantwortung für Berlins Zukunft übernehmen

Berlin, Deutschland und Europa stehen an einem Wendepunkt: Wirtschaftliche, geopolitische und gesellschaftliche Veränderungen sind schneller und tiefgreifender als erwartet. Wachstumsschwäche, Investitionszurückhaltung, Fachkräftemangel und eine angespannte Stimmung prägen die Lage. Zugleich wächst der Druck auf demokratische Institutionen und den Staat.

Jetzt ist die Politik gefordert, spürbar zu handeln: Unternehmen brauchen Luft zum Atmen, einen starken Standort und eine Fachkräftepolitik, die alle Potenziale ausschöpft. Reformbereitschaft muss im Alltag der Betriebe sichtbar werden. Gleichzeitig braucht Berlin eine strategische Perspektive über das Wahljahr hinaus: Wohin entwickelt sich die Stadt als Wirtschafts- und Innovationsstandort? Welche Prioritäten gelten für die kommenden Jahre?

Berlin verfügt über wettbewerbsfähige Unternehmen, eine starke Wissenschaft und innovative Technologien. Die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum sind da. Dabei gilt: Nur ein handlungsfähiger Staat und ein wirtschaftsfreundliches Umfeld ermöglichen Investitionen, Ausbildung und Wachstum. Und umgekehrt: Eine starke Wirtschaft ist die unverzichtbare Grundlage einer handlungsfähigen Demokratie. Wenn das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen schwindet, ist wirtschaftliche Stärke kein Randthema, sondern zentrale Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zugleich gilt: wir sind aufeinander angewiesen. Nur im Zusammenspiel von verlässlicher Politik, funktionierenden Institutionen und unternehmerischer Verantwortung kann langfristig Wohlstand gesichert werden.

Dieses Positionspapier der IHK Berlin zeigt konkrete Weichenstellungen für die kommende Legislaturperiode, damit Berlin als Wirtschaftsstandort resilient, wettbewerbsfähig und lebenswert bleibt. Die Forderungen sind klar, umsetzbar und praxisnah – ein Angebot für einen echten Neubeginn und gemeinsame Verantwortung für die Zukunft der Stadt.

Sebastian Stietzel

Manja Schreiner



TOP-Forderungen der Berliner Wirtschaft zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Mehr Luft zum Atmen für Unternehmen

- **Unternehmen nicht weiter belasten.** Damit Unternehmen am Standort Berlin wachsen und investieren können, braucht es eine Politik, die Fesseln löst und entlastet. Steuererhöhungen, neue Steuern oder zusätzliche Abgaben (wie auch eine Ausbildungsplatzumlage) lehnt die Berliner Wirtschaft ab.
- **Bürokratie abbauen.** Berlin braucht eine Strategie für den Bürokratieabbau, die strukturell verankert ist, z.B. durch einen Bürokratieabbau-Ausschuss im Abgeordnetenhaus und einen Normenkontrollrat. Auf Gesetzes- und Verordnungsebene gilt es, Berichtspflichten, Genehmigungserfordernisse und Standards abzuschaufen oder zu vereinfachen.
- **Marktwirtschaft stärken.** Aufgabe der Politik ist es, wirtschaftliche Freiheit zu stärken – durch ein klares Bekenntnis zum Schutz von Eigentum und fairem Wettbewerb in der sozialen Marktwirtschaft. Jegliche Vergesellschaftungen sowie allein die Überlegungen dazu schaden dem Standort.
- **Verwaltungsreform umsetzen.** Die Verwaltungsreform muss verbindlich umgesetzt werden – mit klaren Zuständigkeiten und mutiger Entscheidungskultur. Es kommt darauf an, die begonnenen Reformen konsequent weiterzudenken und auch die Bezirksverfassungen zu reformieren.

Standort Berlin stärken

- **Wohnungsbau beschleunigen.** Der Wohnungsbau muss durch den Abbau von Hürden, wie praxisfernen Natur- und Artenschutzauflagen, und durch effizientere Verfahren spürbar beschleunigt werden. Dafür ist auch die Randbebauung des Tempelhofer Feldes notwendig.
- **Wissenstransfer organisieren.** Der Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Technologie von den Berliner Hochschulen in die Wirtschaft muss strukturell gestärkt werden, damit die Exzellenz der Berliner Hochschulen auch zu Wertschöpfung führt. Dafür sind u.a. Transferleistungen in den Hochschulfinanzierungsverträgen verbindlich zu verankern und messbar zu machen.

95 % der Unternehmen sehen neuen Wohnraum als entscheidend für die Fachkräftesicherung.

- **Investitionen ausbauen.** Der Berliner Haushalt muss konsequent auf Investitionen ausgerichtet werden. Dafür dürfen Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität ausschließlich für Investitionen verwendet werden. Außerdem muss privates Kapital über neue öffentlich-private Partnerschaften mobilisiert werden.
- **Wirtschaftsverkehr und Flächen sichern.** Der Wirtschaftsverkehr muss durch intelligentes Baustellenmanagement, intelligente Verkehrssteuerung sowie den Weiterbau von A100 und TVO beschleunigt werden. Gewerbe- und Industrieflächen müssen durch eine zentrale Gewerbebauleitstelle gesichert und dem Bedarf entsprechend neu entwickelt werden. Bei der Ausweisung von Wohnflächen dürfen insgesamt keine Gewerbe- und Industrieflächen verlorengelassen werden.
- **Berlin international aufstellen.** Die Berliner Internationalisierungsstrategie muss unter Einbindung der Wirtschaft weiterentwickelt werden und sich für neue Potenzialmärkte und Komplementärmärkte öffnen. Eine gute internationale Anbindung Berlins ist Voraussetzung für Investitionen in den Standort und die Sichtbarkeit der Stadt.

Ausbildung stärken und Fachkräfte sichern

- **Bildung modernisieren.** Berufliche Orientierung muss verbindlicher Kernauftrag aller Schulen sein und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung betonen. Die duale Berufsausbildung gilt es zu modernisieren und attraktiv auszugestalten.
- **Fachkräftemangel beseitigen.** Um den Fachkräftemangel als zentrales Wachstumshemmnis für die Berliner Wirtschaft zu bekämpfen, müssen Matching zwischen Unternehmen und Bewerbenden durch die Arbeitsagentur optimiert, flexible Arbeitszeitmodelle unterstützt und Betreuungsangebote ausgebaut werden. Der Zugang internationaler Fachkräfte zum Arbeitsmarkt muss durch digitale, zentrale und englischsprachige Fachverfahren erleichtert und beschleunigt werden. Darüber hinaus braucht es Offenheit für neuartige internationale Kooperationen, um dieses Potenzial voll auszuschöpfen.

9 von 10 Unternehmen wünschen sich

wirtschaftliche Freiheit, fairen Wettbewerb

und klare staatliche Rahmenbedingungen.



Standortpolitik

Investitionen ermöglichen – Berlin als Wirtschaftsstandort stärken

Die Berliner Wirtschaft befindet sich in einer schwierigen Lage. Die jahrelange Wachstumsschwäche im Bund ist auch an Berlin nicht spurlos vorbei gegangen. Obwohl die Wachstumsraten weiterhin über dem Bundesdurchschnitt liegen, steckt auch die Hauptstadt inzwischen in einer strukturell bedingten Schwächephase. Hohe Belastungen durch Bürokratie und langwierige Verwaltungsverfahren, gestiegene Kosten bei Energie und eine schwache private Nachfrage bei gestiegenen Marktpreisen setzen den Unternehmen maßgeblich zu. Zeitgleich kämpft Berlin mit einer erheblichen Schieflage des Landeshaushalts. Für die Wirtschaft ist die prekäre Haushaltslage eine zunehmende Belastung – da sie für Unsicherheit und unzuverlässige Rahmenbedingungen am Standort sorgt und perspektivisch zu Steuererhöhungen verleiten kann.

IHK-FORDERUNGEN:

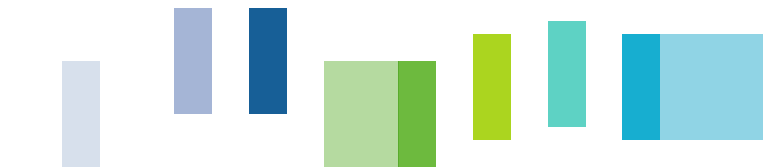
- **Haushalt konsolidieren, Investitionen priorisieren:** Die Wirtschaft fordert einen Zweiklang aus Haushaltskonsolidierung und Investitionspriorisierung. Mittel aus dem Sondervermögen für „Infrastruktur und Klimaneutralität“ müssen für zusätzliche Investitionen genutzt werden. Mehr investive Spielräume (z.B. durch öffentlich-private Partnerschaften) sowie geringere Verwaltungskosten durch Bürokratieabbau und Digitalisierung sind zentral. Spielräume im Haushalt entstehen nicht durch neue Belastungen wie Grundsteuer C oder Verpackungsteuer, sondern durch den Abbau wenig zielgerichteter Subventionen (z. B. nahezu kostenfreies Anwohnerparken oder Schulessen) und durch konsequente, digitalisierte Kontrollen zur Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen.
- **Wirtschaftliche Freiheit stärken:** Unternehmerische Freiheit, Wettbewerb und Eigentumsschutz bilden das Fundament für den Erfolg des Wirtschaftsstandorts Berlin – und seinen internationalen Ruf als weltoffene Zukunftsmetropole. Um strukturelle Herausforderungen am Standort wirksam zu bewältigen, gilt es, diese Werte auch in Zukunft zu stärken – anstatt sie, etwa durch die Diskussion über Vergesellschaftung, „Berlin werbefrei“, „Berlin autofrei“ und eine Ausbildungsplatzabgabe in Frage zu stellen. Berlin braucht ein wirtschaftsfreundliches Mindset und das klare Bekenntnis von Politik und Verwaltung, dass nur eine prosperierende Wirtschaft die Stadt voranbringen kann.

Für rund jedes zweite Unternehmen steht

in den nächsten 10 Jahren die Nachfolge an...

- **Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) stärker nutzen:** Angesichts der angespannten Haushaltslage und des hohen Investitionsbedarfs sollten ÖPP-Modelle in Bereichen der Daseinsvorsorge – etwa bei Infrastruktur oder Schul- und Hochschulbau – als gleichwertige Alternative zur klassischen Vergabe systematisch geprüft werden. Voraussetzung ist ein transparenter und belastbarer Wirtschaftlichkeitsvergleich mit klaren Entscheidungsregeln. Vorrang haben ÖPP nur dann, wenn sie die Allgemeinheit nachweislich finanziell entlasten. Eine Ausweitung staatlicher Geschäftsfelder ist auszuschließen, sofern sie damit in Konkurrenz zur Privatwirtschaft treten; kleine und mittlere Unternehmen sind angemessen zu beteiligen.
- **Unternehmensnachfolge unterstützen:** In den kommenden Jahren stehen schätzungsweise rund 8.500 Berliner Unternehmen vor einem Generationswechsel. Die Berliner Nachfolgezentrale sollte als zentrales Instrument zur erfolgreichen Sicherung von Unternehmensnachfolgen gezielt ausgebaut werden. Eine nicht gelingende Nachfolge gefährdet nicht nur die betroffenen Betriebe, sondern auch Arbeitsplätze, Innovationskraft sowie die wirtschaftliche Stabilität der Region Berlin.

...jedes zehnte rechnet mit Schließung.



- **Sauberkeit und Sicherheit in der Stadt stärken:** Sauberkeit und Sicherheit sind zentrale Standortfaktoren und entscheidend für Lebensqualität, Investitionsbereitschaft und das Sicherheitsgefühl. Berlin braucht eine konsequente Durchsetzung bestehender Regeln, eine stärkere personelle Ausstattung von Ordnungsämtern und Polizei sowie effizientere, digitalisierte Abläufe. Vermüllung und Vandalismus müssen zügig beseitigt und sanktioniert werden. Zugleich sind Prävention, soziale Angebote und eine enge Zusammenarbeit von Senat, Bezirken, Sicherheitsbehörden und Wirtschaft erforderlich. Ziel ist ein sauberes, sicheres und verlässliches Umfeld, das wirtschaftliche Aktivität fördert und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates stärkt.



Funktionierende Stadtverwaltung

Verwaltung modernisieren – Berlin handlungsfähig machen

Die Leistungsfähigkeit der Verwaltung bleibt eine Baustelle. Zwar wurden mit dem neuen Landesorganisationsgesetz sowie einer Verfassungsänderung Meilensteine der Reform erreicht. Die Effekte im Alltag der Berliner Unternehmen stehen allerdings aus. Die Verwaltung wird weiterhin vielfach als schwerfällig, analog und wenig innovationsfreudig wahrgenommen – nicht zuletzt bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Komplexe Verfahren, lange Bearbeitungszeiten und mangelnde Digitalisierung bremsen die Wirtschaft aus. Ein systematischer und institutionell verankerter Bürokratieabbau findet in Berlin nicht statt. Unternehmen erleben staatliches Handeln daher oft als Hürde. Verwaltungsmodernisierung ist aber kein Selbstzweck, sondern muss Genehmigungsprozesse beschleunigen, die Kommunikation mit Behörden verbessern und so den Wirtschaftsstandort stärken.

Die Berliner Wirtschaft begrüßt den eingeschlagenen Reformkurs, verbindet ihn jedoch mit klaren Erwartungen an ihre Wirksamkeit. Erst wenn positive Effekte bei den Unternehmen ankommen, ist die Reform erfolgreich.

IHK-FORDERUNGEN:

- **Verwaltungsreform wirkungsorientiert umsetzen:**
Die Neustrukturierung der Aufgaben zwischen Senat und Bezirken muss umgesetzt und im Verwaltungsalltag mit Leben gefüllt werden. Nur mit klaren Zuständigkeiten und mutiger Entscheidungskultur werden Prozesse endlich schneller.
- **Öffentliche Auftragsvergabe modernisieren:**
Das Vergabewesen muss so reformiert werden, dass es Investitionen erleichtert, statt hemmt – etwa durch deutlich erhöhte Wertgrenzen für Direktaufträge und vereinfachte Vergaben, weniger Bürokratie und eine Bündelung der Vergabestellen. Voraussetzung dafür ist

eine leistungsfähige Verwaltung mit qualifizierten Fachkräften. Ziel sind mehr Qualität, mehr Innovation sowie eine stärkere Einbindung von Mittelstand und Start-ups

- **Verwaltungsdigitalisierung deutlich beschleunigen:**
Die Volldigitalisierung der Verwaltung muss dringend an Tempo gewinnen, flächendeckende Medienbrüche sind nicht mehr akzeptabel. Teil der Lösungsfindung können dabei verwaltungsinterne Innovationseinheiten sein. Eine leistungsfähige IT-Infrastruktur, ein gestärktes und zeitgemäß finanziertes ITDZ Berlin sowie die zielgerichtete Einbindung von Mittelstand und Start-ups sind dafür notwendig.

Wichtigstes Anliegen der Unternehmen für die nächste Legislatur:

Eine digitale, leistungsfähige und bürokratiearme Verwaltung.

■ Bürokratieabbau institutionell verankern:

Berlins Politik und Verwaltung müssen sich endlich des Bürokratieabbaus annehmen. Die Dynamik, die man in zahlreichen Bundesländern beobachten kann, ist in Berlin nicht zu erkennen – systematische Ansätze fehlen vollständig. Mögliche Instrumente reichen von der Schaffung eines eigenen AGH-Ausschusses für Bürokratieabbau über konkrete Bürokratieabbaugesetze bis hin zur Einsetzung eines Landesnormenkontrollrates.

■ Reformpotenzial der Bezirksverfassung prüfen:

Die Bezirksverfassung muss auf Reformpotenziale hin überprüft werden, um die bezirkliche Handlungsfähigkeit zu fördern und Verantwortung sichtbar zu machen – wie z.B. durch Stärkung der Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister. Die langfristige Wirksamkeit der Verwaltungsreform hängt davon ab.

■ CityLAB als Innovationslabor verstetigen und skalieren:

Das CityLAB braucht einen dauerhaften institutionellen Rahmen und stabile Finanzierung, um flexibel und leistungsstark die Innovations-Pipeline zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zu stärken.

■ Beschäftigungsaufwuchs im Öffentlichen Dienst Berlins

beenden: Zum Ende der Legislaturperiode 2026-2031 soll es in den Berliner Landes- und Bezirksverwaltungen in der Summe nicht mehr Beschäftigte geben als zu Beginn. Ziel ist nicht eine rein formale Reduzierung von Personal- oder Beschäftigtenzahlen, sondern eine nachhaltige Steigerung der Leistungsfähigkeit und Produktivität der Verwaltung. Eine bloße Verlagerung von Aufgaben und Kosten auf externe Dienstleister, Projektstrukturen oder andere Kostenträger darf nicht an die Stelle echter Effizienzgewinne treten. Stattdessen sind nach dem Vorbild anderer Bundesländer eine Begrenzung des Personalaufwuchs und eine Reduzierung der Gesamtpersonalkosten anzustreben, soweit dies mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, der Servicequalität und der Funktionsfähigkeit der Verwaltung vereinbar ist. Effizienzgewinne durch den Einsatz von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz sowie schlankere Prozesse und Strukturen schaffen personelle Spielräume. Diese können bei Bedarf vorrangig für wachstums- und sicherheitsrelevante Bereiche und für eine weitere Verbesserung der Servicequalität der Berliner Verwaltung genutzt werden. Die Umsetzung neuer Verwaltungsaufgaben soll konsequent digital und so personaleffizient wie möglich erfolgen. Externe Beauftragungen sollen dabei nur erfolgen, wenn sie wirtschaftlich, transparent und fachlich begründet sind und nicht lediglich der Umgehung personalwirtschaftlicher Zielvorgaben dienen.

98% der Unternehmen wollen die

Verwaltungsreform jetzt verbindlich umgesetzt sehen.



Wachsende und lebendige Stadt

Wohnraum schaffen – Gewerbeflächen sichern

Berlins Zentren, Gewerbe- und Industriegebiete und der Wohnungsmarkt stehen unter erheblichem Transformationsdruck: Kaufzurückhaltung, Onlinehandel und steigender Leerstand schwächen zentrale Lagen, während Gewerbe- und Industriegebiete durch Umnutzung und fehlende strategische Steuerung verloren gehen. Zugleich brechen im Wohnungsbau die Genehmigungen ein, und Unternehmen finden immer schwerer Wohnraum für Fachkräfte und Auszubildende. Die Stadt braucht deshalb eine koordinierte Weiterentwicklung ihrer Zentren, eine aktive Sicherung wirtschaftsrelevanter Flächen und deutlich beschleunigte Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau..

IHK-FORDERUNGEN:

■ Zentren im Wandel – Kooperation als Schlüssel:

Berlins Zentren stehen unter Druck. Leerstand braucht professionelles Management und einen vielfältigen Nutzungsmix. (Immobilien-)Eigentümer und Wirtschaft müssen strategisch in die Entwicklungen eingebunden werden. Instrumente wie Immobilien- und Standortgemeinschaften, die in Berlin zwar noch kaum genutzt wurden, sich aber in anderen Städten vielfach bewährt haben, oder „MittendrIn Berlin!“ zeigen: Zentrenentwicklung gelingt nur gemeinsam – langfristig gestützt durch eine dauerhafte, ressortübergreifende Koordination, z.B. durch einen Beirat Zentren. Zusätzlich braucht es mehr verkaufsoffene Sonntage, um den stationären Handel zu stärken.

■ Gewerbeflächen sichern und entwickeln – für Wachstum und Resilienz:

Berlin braucht eine kluge Flächenpolitik für wirtschaftliches Wachstum und Krisenfestigkeit: Keine weiteren Gewerbe- und Industrieflächenverluste ohne Ausgleich, stattdessen bedarfsorientiert neue Gewerbe- und Mischgebiete ausweisen. Große Potenzialflächen wie die Urban Tech Republic oder der CleanTech Businesspark sowie bestehende Gewerbe- und Industriegebiete müssen geschützt bzw. konsequent weiterentwickelt werden. Zudem braucht es mehr landeseigene Gewerbehöfe für Handwerk und kleinteilige Produktion. Nutzungsmischungen wie in Urbanen Gebieten müssen die Anforderungen des Gewerbes konsequent mitdenken. Dafür braucht es eine Gewerbebauleitstelle, die Potenzialflächen identifiziert, konzeptionell erschließt und die Projektentwicklung steuert.

Berlin hat in den letzten 10 Jahren

mehr als 170 Hektar Gewerbefläche verloren.

■ Wohnungsbau beschleunigen, Hürden abbauen:

Berlin braucht dringend mehr Wohnungen. Genehmigungen brechen ein, Fertigstellungen stagnieren und Unternehmen haben zunehmend Schwierigkeiten, Fachkräfte und Auszubildende unterzubringen. Zusätzliche Flächen müssen aktiviert werden, einschließlich einer verantwortungsvollen Randbebauung des Tempelhofer Feldes, da sich die Rahmenbedingungen seit 2014 deutlich verändert haben. Zudem müssen Natur- und Artenschutzregelungen praxistauglicher gestaltet werden, damit Bauvorhaben nicht durch komplexe und langwierige Verfahren verzögert werden. Wir brauchen klare Leitlinien im Artenschutz, damit alle Bezirke denselben Standard anwenden. Damit einhergehend ist eine Novellierung des Berliner Naturschutzgesetzes erforderlich, um Rechtssicherheit zu schaffen und Verfahren zu vereinfachen.

■ **Investitionen schützen:** Eine in Teilen der Stadtgesellschaft geforderte Enteignung großer Wohnungsunternehmen würde die Eigentumssicherung untergraben, schreckt Investitionen ab und hemmt den dringend notwendigen Wohnungsneubau. Zudem ist absehbar, dass eine Vergesellschaftung eine Bankenkrise auslösen könnte und eine untragbare Belastung für Landeshaushalt darstellen würde. Im Bereich der mietenpolitischen Regulierung braucht es ein bundesweit einheitliches Mietrecht und verlässliche Rahmenbedingungen, um Investitionen in den Wohnungsneubau zu stärken, statt zusätzliche staatliche Eingriffe einzuführen.

■ **Messe- und Tourismusstandort stärken und Großveranstaltungen ermöglichen:** Berlin muss seinen Messestandort strategisch ausbauen, Leitmessen sichern, neues Messegewerbe gewinnen und die Infrastruktur modernisieren. Gleichzeitig sollte sich die Stadt klar zu Großereignissen wie Olympia, EXPO 2035 oder einer Internationalen Bauausstellung bekennen und diese frühzeitig mit starken Partnern vorbereiten. Schlüsselprojekte wie ICC und Tempelhofer Feld können nur mit privatem Kapital erfolgreich weiterentwickelt werden. Angesichts stagnierender Tourismuszahlen sollte Visit Berlin sein Destinationsmarketing stärker fokussieren.

Mehr Wohnungsbau hat bei den Unternehmen nach

der Verwaltungsmodernisierung die zweithöchste Priorität.



Mobile Stadt

Mobilität ausbauen – Wirtschaftsverkehr leistungsfähig halten

Ein funktionierender Wirtschaftsverkehr ist das Rückgrat der Weltmetropole Berlin. Ob Handel, Handwerk, Industrie oder Logistik – die Wirtschaft ist darauf angewiesen, dass Waren und Dienstleistungen schnell und zuverlässig ihr Ziel erreichen, innerstädtisch, regional und international. Angesichts einer wachsenden Stadt, sanierungsbedürftiger Infrastruktur und der notwendigen Transformation zur Klimaneutralität muss die Verkehrspolitik jetzt die Weichen für Effizienz und Verlässlichkeit stellen.

IHK-FORDERUNGEN:

- **Sanierungsstau in der Infrastruktur auflösen:** Berlin leidet unter einem massiven Sanierungsstau bei Straßen, Schienen, Tunneln und Brücken, der sich auf über eine Milliarde Euro beläuft. Um die Funktionsfähigkeit der Stadt zu erhalten, muss die Instandhaltung oberste Priorität bei sämtlichen finanzpolitischen Entscheidungen haben. Hier gilt es, partnerschaftliche Finanzierungsformen zu nutzen und legislaturübergreifende Finanzierungszusagen z.B. mit projektbezogenen Verpflichtungsermächtigungen zu gewährleisten.
- **Lücken schließen:** Gleichzeitig dürfen wichtige Netzerweiterungen wie der Weiterbau der A100 oder die Tangentiale Verbindung Ost (TVO) nicht länger verzögert werden. Infrastrukturpolitik muss regional und überregional gedacht werden. Dafür braucht Berlin auch mehr Direktverbindungen zu europäischen City-Destinationen und in internationalen Wirtschaftszentren sowie eine optimale Erreichbarkeit des BER.
- **Flüssigen Stadtverkehr gewährleisten – besonders für die Wirtschaft:** Zeitverluste im Stau bedeuten für Unternehmen reale Kosten. Ein effizientes Baustellenmanagement und eine intelligente Verkehrssteuerung sind unverzichtbar. Durch moderne technische Lösungen und die Definition eines Vorrangnetzes für den Wirtschafts-

verkehr muss der Verkehrsfluss gesichert werden, damit Industrie, Handel, Handwerk, Dienstleistung und Logistik gleichermaßen verlässlich planen können.

- **Wirtschafts-, Bus- und Radverkehr sicher integrieren:** Der Wirtschaftsverkehr benötigt Ladebereiche, die bedarfsgerecht angelegt und verlässlich nutzbar sind, sowie Mikrodepots (Mobilitätshubs), um den Lieferverkehr vom Rad- und Gehweg fernzuhalten. Ziel ist ein Miteinander, bei dem die Lieferlogistik ihre Aufgaben ohne ständige Behinderungen erfüllen kann.
- **Transformation des Wirtschaftsverkehrs unterstützen:** Die Berliner Wirtschaft bekennt sich zum Klimaschutz. Dazu erfordert die Umstellung auf emissionsfreie Antriebe massive Investitionen in die Infrastruktur. Die Politik muss den Ausbau des Stromnetzes mit Hochdruck vorantreiben, um eine flächendeckende (Schnell-)Ladeinfrastruktur für E-Nutzfahrzeuge zu ermöglichen.

Berlins Infrastruktur braucht

108 Mrd. Euro bis 2035.



Bildungsstarke Stadt

Bildung stärken – Talente für die Wirtschaft entwickeln

Das Berliner Bildungssystem steht vor erheblichen strukturellen Herausforderungen entlang der gesamten Bildungskette. Vergleichsstudien zeigen deutliche Defizite von Schülerinnen und Schülern aller Jahrgangsstufen bei grundlegenden Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Vielen Jugendlichen fehlt es zudem an beruflicher Orientierung. Die begrenzte Autonomie schränkt Schulen und deren Handlungsspielräume ein und erschwert es der Verwaltung, Ressourcen bedarfsgerecht und wirksam einzusetzen. Die Digitalisierung ist entlang der gesamten Bildungskette unzureichend. Das Festhalten an der Ausbildungsplatzabgabe ist dagegen ein Irrweg: Eine Strafabgabe schafft keine Ausbildungsverträge, wie das Beispiel Bremen zeigt.

IHK-FORDERUNGEN:

- **Basis- und Zukunftskompetenzen in den Mittelpunkt stellen:** Der Erwerb der notwendigen Ausbildungsreife muss sichergestellt werden. Gleichzeitig braucht es eine verlässliche digitale Infrastruktur, damit zeitgemäßes Lernen, Lehren und individuelles Fördern ermöglicht wird.
- **Berufliche Orientierung als Kernauftrag von Schule umsetzen:** Zukunftsgerichtete berufliche Orientierung braucht eine systematische Integration in Schulentwicklung und Schulqualität sowie die Bereitstellung entsprechender Ressourcen. Alle Maßnahmen sind transparent zu evaluieren. Gymnasien müssen verbindliche Angebote zur beruflichen Orientierung umsetzen und dabei die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung betonen.
- **Übergangssektor reformieren und Jugendberufsagentur stärken:** Ein Landesinstitut für Berufliche Bildung soll aufgebaut werden, um Parallelstrukturen in den Verwaltungen abzubauen. Der Berliner Übergangssektor muss nachweislich wirksame Instrumente priorisieren, und die Jugendberufsagentur muss bei der Zielgruppe stärker sichtbar sein. Notwendig ist dafür die konsequente Umsetzung der aufsuchenden Beratung von unvermittelten Jugendlichen.

- **Duale Berufsausbildung modernisieren:** Die Berliner Wirtschaft braucht eine starke duale Ausbildung mit modernen Strukturen. Statt bürokratischer Hürden bedarf es innovativer Ansätze. Dazu gehört die gesetzliche Verankerung von Lernortkooperationen sowie die Erprobung und Einführung modularer Ausbildungsmodelle. Ergänzend müssen strukturelle Flexibilisierungen auch internationale Ausbildungs- und Prüfungsabläufe ermöglichen.

9 von 10 Unternehmen sind mit der Berliner Schulpolitik unzufrieden.

- **Ja zur Ausbildung, Nein zur Abgabe:** Die Ausbildungsplatzabgabe belastet Unternehmen zusätzlich und baut weitere Bürokratie auf, ohne die Probleme auf dem Ausbildungsmarkt zu lösen. Statt einer Ausbildungsplatzabgabe muss sich Berlin für die Fortsetzung des Bündnisses für Ausbildung einsetzen, in dem jedes Mitglied seinen Beitrag leistet, um die duale Ausbildung als Ganzes wirkungsvoll zu stärken



Fachkräfte und Arbeitsmarkt

Fachkräfte sichern – Arbeitsmarkt für Wachstum öffnen

Die Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte ist entscheidend für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Berlins. Trotz hoher Arbeitslosigkeit gibt es weiterhin massiven Bedarf an Fachkräften, unbesetzte Ausbildungsplätze und lange Vakanzen. Demografischer Wandel, Veränderungen in der Arbeitswelt und starre Strukturen verschärfen die Lage. Nach dem IHK-Fachkräftemonitor gehen bis 2035 rund 500.000 Erwerbstätige in Ruhestand, mehr als 160.000 Stellen bleiben unbesetzt – mit einem Wertschöpfungsverlust von über 50 Mrd. Euro. Ohne gezielte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland und einer vorausschauenden Fachkräftestrategie wird diese Lücke nicht geschlossen werden.

IHK-FORDERUNGEN:

- **Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern und Sprachförderung ausbauen:** Anerkennungsverfahren ausländischer Abschlüsse müssen digitalisiert, zentrale Stellen eingerichtet und englischsprachige Unterlagen akzeptiert werden. AHK-Zertifikate der Kategorie A sind automatisch gleichzustellen, damit Fachkräfte schneller arbeiten können. Berufsbezogene Sprachkurse sind flächendeckend, flexibel und digital zugänglich anzubieten und gesetzlich als Teil der Fachkräfteeinwanderung zu verankern. Der Senat muss auf Bundesebene den Druck erhöhen, um Gleichstellung, verlässliche Förderung und Rücknahme von Kürzungen sicherzustellen.
- **Alle Potenziale am Arbeitsmarkt ausschöpfen:** Kinder- und Pflegebetreuung in Randzeiten müssen ausgebaut werden. Der Senat muss sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass flexible Arbeitszeitmodelle durch politische Rahmenbedingungen erleichtert werden. Unternehmen sollen durch niedrigschwellige Beratung zur Gesundheitsförderung unterstützt werden. Bürokratische Hürden wie Wohnsitzauflagen, Beschäftigungsverbote und lange Genehmigungsverfahren sind abzubauen. Integrations- und Sprachkurse sowie schnelle Vermittlung in Arbeit müssen zugänglich sein. Um den Fachkräftemangel als zentrales Wachstumshemmnis für die

Berliner Wirtschaft zu bekämpfen, müssen Matching zwischen Unternehmen und Bewerbenden durch die Arbeitsagentur optimiert, flexible Arbeitszeitmodelle unterstützt und Betreuungsangebote ausgebaut werden.

- **Weiterbildung für MINT-, Green- und digitale Kompetenzen priorisieren:** Moderne Weiterbildungsstrukturen sollen gezielt diese Fähigkeiten fördern. Die Zusammenarbeit von KMU mit Hochschulen muss über duale Studiengänge und niedrigschwellige, aufsuchende Formate nach dem Vorbild des KMU-Büros intensiviert werden.
- **Beschäftigten- und Azubiwohnen stärken:** Um Fachkräfte zu gewinnen und zu binden, müssen passgenaue Wohnangebote – vom möblierten Beschäftigtenwohnen bis zu Azubiwohnheimen und gefördertem Wohneigentum – ausgebaut werden. Wohnen in Gewerbe- und Industriegebieten – insbesondere auf dem Betriebsgelände – muss leichter möglich werden. Insbesondere die Zahl der Azubiwohnplätze muss steigen, und im Programm „Junges Wohnen“ muss ein verbindlicher Anteil der Mittel speziell für Azubiwohnen reserviert werden. Zusätzlich müssen zinsgünstige Kredite bereitgestellt, Genehmigungen beschleunigt und innovative Wohnformen wie Nachverdichtung und Co-Living ermöglicht werden



Innovative und wissensgetriebene Stadt

Innovation beschleunigen – Berlin zum DeepTech-Standort ausbauen

Die Hauptstadtregion hat sich zu einem führenden Zentrum für Schlüsseltechnologien, exzellente Wissenschaft und unternehmerische Dynamik entwickelt. Eine starke Start-up-Szene, DeepTech-Initiativen und leistungsfähige Forschungseinrichtungen prägen Berlins internationales Innovationsprofil. Damit Berlin seine Rolle als Innovationsmotor langfristig sichert und ausbaut, muss der künftige Senat bestehende strukturelle Herausforderungen im Innovationsökosystem gezielt adressieren – insbesondere die fragmentierte innovationspolitische Steuerung, unzureichende Transferstrukturen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie Skalierungs- und Finanzierungshemmnisse für technologiegetriebene Gründungen und industrielle Innovationen.

IHK-FORDERUNGEN:

Innovationspolitik

- **Innovationspolitik aus einem Guss:** Die strategische Steuerung des Innovationsgeschehens in Berlin ist in einem gemeinsamen Ressort für Wirtschaft und Wissenschaft zu bündeln, um Forschung schneller in Wachstum zu überführen. Hierzu sind auch die neuen Innovations- und Forschungsstrategien sowie die Transferagenda sinnvoll miteinander zu verknüpfen und schnell umzusetzen.
- **Finanzierungsdefizit in der Wissenschaft beheben:** Eine auskömmliche, stabile und planbare Finanzierung der Hochschulen ist Voraussetzung für Fachkräftesicherung, Innovationsfähigkeit und Wertschöpfung am Standort und muss entsprechend priorisiert werden.
- **Transfer in den Hochschulen systematisch verankern:** Bis zum Start der neuen Hochschulverträge ist gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft ein anspruchsvolles und praxistaugliches Indikatoren-Set zu entwickeln, das Transferleistungen misst, die jeweiligen Profile der Hochschulen berücksichtigt und zusätzlichen Erfassungsaufwand minimiert.

- **Ausbildungsintegrierendes duales Studienmodell voranbringen:** Der künftige Senat muss diese transfer- und praxisnahe Studienform ausbauen, um Hochschulen, berufliche Bildung und Unternehmen enger zu verzahnen sowie Innovationskraft und Fachkräftesicherung zu stärken.

9 von 10 Unternehmen halten

den Wissenstransfer

für entscheidend

für die Innovationskraft

der Berliner Wirtschaft.



- **Ökosysteme um Schlüsseltechnologien strategisch entwickeln:** Berlin muss seine Führungsrolle bei Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz, Quantentechnologien, DefTech, Life Sciences und Grüne Chemie weiter ausbauen. Dafür braucht es ein eng vernetztes Ökosystem, das Wissenschaft, Wirtschaft, Start-ups und mittelständische Anwender wirksam miteinander verbindet. Der künftige Senat muss bestehende Strukturen wie JUNI, #ai_Berlin Hub, Berlin Quantum, GreenCHEM, Science & Start-ups und IFAF Berlin dauerhaft sichern und stärken.
- **DeepTech-Start-ups als Wachstumsmotor:** Berlin muss als Standort für DeepTech-Gründungen und Scale-ups attraktiver werden. Dafür braucht es lückenlose Gründungsinfrastruktur von der Forschung bis zur Produktion. Es bedarf passgenauer Förderprogramme und bessere Gründungsbedingungen an Hochschulen, etwa Gründungssemester, Validierungsförderung und aktives Management gründungsfähiger Forschungsprojekte. Laborinfrastruktur für Vor- und Nachgründungsphasen sollte vernetzt, leicht zugänglich gemacht und ausgebaut werden. Für Berliner Schlüsseltechnologien müssen Reallabore aufgebaut und gemanagt werden. Ein Rahmen für gründungs- und investitionsfreundlichen IP-Transfer ist rasch zu implementieren.

Industriepolitik

- **Masterplan Industrie neu aufstellen:** Der Masterplan Industriestadt Berlin (MPI) muss ab 2026 mit klaren Zielen, KPIs und langfristig tragfähigen Strukturen als zentraler Rahmen der Transformation der Berliner Industrie neu aufgesetzt werden.
- **Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie:** Die internationale Sicherheitslage wandelt sich tiefgreifend. Berlin muss seine Rolle als Standort für Innovation, Forschung und industrielle Wertschöpfung im Defence-Bereich dabei ausbauen. Durch Einrichtung eines TechHUB SVI Ost, eine enge Verzahnung mit Strukturen der Bundeswehr sowie gezielte standortpolitische Initiativen können strategische Wachstumschancen in diesem dynamischen Markt ergriffen werden.
- **Internationale Wettbewerbsfähigkeit des Gesundheitsstandortes stärken:** Um Berlins Führungsrolle in Forschung, Industrie und Gründungsdynamik im Gesundheitsbereich zu stärken, sind Krankenhäuser als Test- und Entwicklungsplattformen für Innovationen mit klaren Anlaufstellen und standardisierten Kooperationsverträgen zu öffnen. Zudem sollte ein verbindlicher „Regulatory-Hub“ beim LaGeSo für schnellere Genehmigungs- und Beratungsverfahren eingerichtet und eine verbindliche Berliner Gesundheitsdatenstrategie umgesetzt werden. Die Zusammenarbeit mit Brandenburg, etwa im Rahmen des Innovationskorridors Berlin – Lausitz, ist auszubauen. Als kritische Infrastruktur müssen Gesundheitsversorgung und strategische Lieferketten besonders geschützt werden.

Digitalpolitik

- **Digitalisierung effizient steuern:** Anknüpfend an die Verwaltungsreform muss der Senat mit einem Digitalgesetz die Zuständigkeiten zwischen Bezirken, Fach- und Hauptverwaltungen bei Digitalvorhaben eindeutig klären. Die Verwaltungs-IT lässt sich nur dann effizient und effektiv modernisieren, wenn innovative Projekte und Bedarfsmeldungen auf Fachebene möglich sind und zugleich Ressourcen und Know-How für die technische Umsetzung und Ausschreibung gebündelt werden. Dazu muss das Digitalgesetz verpflichtende Leitplanken, Ziele und Meilensteine für die Umsetzung definieren sowie einen zentralen Digitalhaushalt etablieren.
- **Bundesweite Harmonisierung des Datenschutzes unterstützen:** Ein zeitgemäßer, pragmatischer und effektiver Datenschutz ist zentral für Wettbewerbsfähigkeit des Innovationsstandortes Berlin. Das Land Berlin und die Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (BlnBDI) sollten aktiv dazu beitragen, die bisher

oft heterogene Auslegungspraxis in Deutschland zu harmonisieren. Ein Baustein hierfür wäre, einheitliche Auftragsverarbeitungsverträge mit den technischen und organisatorischen Maßnahmen für (Sub-)Unternehmen bereitzustellen.

- **Digitale und technologische Souveränität stärken:** Zunehmende geo- und handelspolitische Herausforderungen erfordern den strategischen Ausbau technologischer und digitaler Eigenständigkeit. Souveräne Soft- und Hardware sowie Open-Source-Lösungen stärken die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit Deutschlands – und bieten zugleich einen Wachstumsmarkt für die Berliner Digitalwirtschaft. Der Senat muss mit einer konsequenten Umsetzung der Berliner Open Source Strategie vorangehen und dabei den engen Austausch von Verwaltung und Wirtschaft fördern. Dafür sind im nächsten Haushalt entsprechende Ressourcen einzuplanen.

Die Stärkung der digitalen Souveränität und

Dateninfrastruktur gehört zu den TOP 5 Themen

der Berliner Wirtschaft zur Abgeordnetenhauswahl.

Berlins Startup-Ökosystem gehört

mit einem Marktwert von 169 Mrd. Euro

zu den europäischen TOP 5.



Vernetzte und ökologische Stadt

Infrastruktur resilient machen – Energiewende wirtschaftlich gestalten

Die Entwicklung Berlins hin zu einer klimaneutralen Metropole ist mit tiefgreifenden strukturellen Herausforderungen verbunden. Die politischen Zielsetzungen – Klimaneutralität, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit – sind richtig. In der Umsetzung mangelt es jedoch weiterhin an Tempo und geeigneten Rahmenbedingungen, insbesondere beim Auflösen des Sanierungsstaus und beim Ausbau der Energie-, Wärme- und Netzinfrastrukturen. Gleichzeitig steigt die Bedeutung eines wirksamen Schutzes kritischer Infrastrukturen. Energie-, Wasser-, Wärme- und Entsorgungssysteme müssen deutlich stärker auf Krisenfälle vorbereitet werden. Hohe Abhängigkeiten von einzelnen Systemen und unzureichende Redundanzen gefährden die Versorgungssicherheit und beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Berlin. Resiliente, vernetzte und robuste Infrastrukturen bleiben daher eine zentrale Voraussetzung, um Klimaneutralität zu erreichen und zugleich die wirtschaftliche Stärke der Hauptstadt langfristig zu sichern.

IHK-FORDERUNGEN:

- **Schutz kritischer Infrastruktur dauerhaft priorisieren:** Die Berliner Wirtschaft erwartet eine klare Strategie zur Stärkung der Versorgungssicherheit – mit Augenmaß zwischen notwendiger Transparenz und dem Schutz sensibler Sicherheitsinteressen. Erforderlich sind klare, kohärente Regeln ohne Doppelregulierung, praxistaugliche Resilienz-Standards sowie robuste Netze mit ausreichenden Redundanzen. Voraussetzung für wirksame KRITIS-Resilienz sind zudem ein handlungsfähiger Krisenstab und eine enge, institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Behörden und Infrastrukturbetreibern.
- **Ohne Wärmewende keine Energiewende:** Die Wärmewende stockt vor allem an langsamen Verfahren und hohen Investitionsrisiken in der frühen Erschließung. Aus Sicht der Berliner Wirtschaft kann die tiefe Geothermie ein zentraler Hebel für eine klimaneutrale Wärmeversorgung Berlins sein. Mit der beschlossenen „Roadmap Tiefe Geothermie“ liegen wichtige Voraussetzungen vor – entscheidend ist jetzt die zügige Umsetzung: beschleunigte Planungs- und Genehmigungsprozesse, wirksame Risikoabfederung bei seismischer Erkundung und Probebohrungen sowie verlässliche Investitionsrahmen. Erforderlich ist zudem ein stadtweites Geothermie-Management im Rahmen der Kommunalen Wärmeplanung und die konsequente Einbindung privater Partner.

Für 62 % der Unternehmen behindert zu viel

Bürokratie ihre Anstrengungen für mehr Klimaschutz.

■ **Ressource Wasser in der Metropolregion sichern:**

Die Ressource Wasser ist standortkritisch – qualitativ, quantitativ und preislich. Trotz derzeit grundsätzlich gesicherter Versorgung Berlins steigen infolge von Trockenperioden und wachsendem Bedarf die Investitionsanforderungen an Netze, Wasserwerke und Kläranlagen deutlich. Um Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen zu sichern, braucht es Planungs- und Rechtssicherheit bei Wasserrechten, deutlich beschleunigte Genehmigungsverfahren sowie ein integriertes, länderübergreifend abgestimmtes Wassermanagement in der Metropolregion. Aufgrund regional unterschiedlicher Wasserverfügbarkeit sind länderübergreifende Verbund- und Speicherlösungen systematisch zu prüfen und bei Eignung mit Landes- und Bundesmitteln umzusetzen.

■ **Kreislaufwirtschaft als Standortfaktor voranbringen:**

Um Berlins ökologische und wirtschaftliche Resilienz zu erhöhen, müssen der Verbrauch von Primärrohstoffen weiter sinken und die Ressourceneffizienz steigen. Die Berliner Kreislaufwirtschaftsstrategie sollte deshalb verbindlich auf Ressourceneffizienz und marktwirksame Anreize ausgerichtet sein. Ein zentraler Hebel ist die öffentliche Beschaffung: Ökologische und kreislaforientierte Kriterien müssen so gesetzt sein, dass sich im Wettbewerb die besten Ideen und Innovationen durchsetzen können. Ausschreibungen sollten dafür produktgruppenspezifische, kreislaufwirtschaftsorientierte Mindestanforderungen aufnehmen, um die Nachfrage

nach zirkulären Produkten gezielt zu stärken. Die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer lehnen wir ab. Ihre Wirksamkeit ist unklar, der Verwaltungsaufwand hoch, und sie würde Gastronomie und Handel belasten. Statt zusätzlicher steuerlicher Belastungen braucht es Maßnahmen, die den Wechsel zu Mehrwegverpackungen unterstützen und Unternehmen wie Verbraucher aktiv einbinden.

■ **Energiewende verlässlich finanzieren, Investitionen ermöglichen:**

Die Energiewende in Berlin erfordert bis 2035 Investitionen in zweistelliger Milliardenhöhe und damit einen Finanzierungsrahmen, der privates Kapital verlässlich mobilisiert. Gerade deshalb wäre eine Rekommunalisierung der Berliner Gasversorgung der falsche Weg: Sie würde erhebliche öffentliche Mittel binden und dem Land finanziellen Spielraum für Klimaschutzinvestitionen entziehen. Öffentliche Mittel sollten vielmehr so eingesetzt werden, dass sie private Investitionen hebeln, Risiken in frühen Projektphasen abfedern und Projekte in Erzeugung, Netzen, Speichern und Flexibilitätslösungen investierbar machen. Zentral ist ein mehrjähriger Investitionsrahmen mit projektbezogenen Verpflichtungsermächtigungen: Für größere Energieinfrastrukturvorhaben sollte Berlin rollierende Acht- bis Zehnjahresprogramme mit klaren Meilensteinen etablieren.

Rund die Hälfte sieht die fehlende

Planbarkeit und Verlässlichkeit als Hürde.



International agierende Stadt

Außenwirtschaft stärken – Berlin global besser vernetzen

Berlins Außenwirtschaft zeigt sich trotz schwieriger Weltlage robust. Sie sichert Arbeitsplätze, liefert Innovationsimpulse und stärkt die wirtschaftliche Resilienz der Stadt. Gleichzeitig werden die Weltmärkte zunehmend dynamisch und unvorhersehbar: Exportrückgängen bei wichtigen Partnern wie den USA und China steht Wachstum in aufstrebenden Märkten gegenüber. Damit aus Chancen neue Geschäfte werden und Risiken nicht ins wirtschaftliche Abseits führen, sollte der neue Berliner Senat die Außenwirtschaftspolitik strategisch neu ausrichten und die Unternehmen bei der Transformation ihres Auslandsgeschäfts aktiv unterstützen – für internationale Wettbewerbsfähigkeit, Stabilität und nachhaltiges Wachstum. Berlin braucht eine Resilienz-Offensive für die Außenwirtschaft 2026+.

IHK-FORDERUNGEN:

- **Berliner Internationalisierungsstrategie schärfen und krisensicher machen:** Berlin muss klare Ziele und Maßnahmen einer neuen Außenwirtschaftspolitik definieren, geopolitische Risiken überwachen und agile Reaktionsformate für internationale Krisen etablieren, u.a. einen gemeinsamen Krisenstab mit der Wirtschaft. Weltweite Wirtschaftstrends müssen gescreent werden, um Marktchancen und Außenwirtschaftsinitiativen für die Berliner Wirtschaft abzuleiten. Eine kontinuierliche Leistungsmessung durch KPIs soll gewährleisten, dass Internationalisierungsmaßnahmen wirksam sind und bei Bedarf schnell angepasst werden können.
- **Neues Ziellandsystem etablieren, neue Wachstumsmärkte priorisieren:** Berlins strategische Auslandsmärkte sind neben Exportvolumen auch nach Stabilität, Innovationspotenzial und sektoraler Komplementarität auszuwählen. Neue, bisher unerschlossene Zielländer sollten stärker berücksichtigt werden, insbesondere bei Freihandelsabkommen, günstigen Geschäfts- und Investitionsbedingungen und hoher Wachstumsdynamik. Die Außenwirtschaftsförderung sollte über zentrale Ankermärkte bzw. Hubs Zugang in ganzen Regionen ermöglichen.

Außenhandelswert mit den USA in 2025

um mehr als 178 Mio. € gefallen.

- **Europa-Anbindung und Wirtschaftsvertretung in Brüssel stärken:** Angesichts der geopolitischen Lage sind der EU-Binnenmarkt und Europa stärker als stabilisierender Auslandsmarkt zu nutzen. Der künftige Senat soll dafür über eine eigenständige EU-/Europa-Wirtschaftsstrategie mit konkreten Maßnahmen das Europa-Geschäft der Berliner Unternehmen stärken. Zudem soll die Berliner Wirtschaft bei europapolitischen Positionierungen des Landes Berlin gegenüber Brüssel systematisch einbezogen werden. Auch ist eine wirksamere wirtschaftspolitische Interessenvertretung Berlins in Brüssel sicherzustellen, etwa durch eine Wirtschaftsrepräsentanz im Büro des Landes Berlin.
- **Programm für Internationalisierung reformieren und bekannter machen:** Markteintritte in neue, wenig erschlossene Länder sollten gezielter unterstützt werden. Im Programm ist die Netzwerkförderung stärker mit direkter Unternehmensförderung auszubalancieren, um Mittel wirkungsvoller einzusetzen und KMU sowie Start-ups besser zu erreichen. Der Senat sollte zudem darauf hinwirken, dass Landes- und Bundesförderinstrumente besser abgestimmt werden, sodass Synergien für Berliner Unternehmen und ihr Auslandsgeschäft entstehen.

- **Berliner Auslandsbüros strategisch überprüfen und gezielt weiterentwickeln:** Die Berliner Auslandsbüros sollten systematisch evaluiert werden. Darauf aufbauend sind Ziele, Potenziale und Mehrwerte der Büros – auch gegenüber AHKs, GTAI und anderen Akteuren – klar zu definieren und das Serviceportfolio entsprechend zu optimieren. Neue Bürostandorte sollten strategisch ausgewählt und eng mit AHKs, GTAI und lokalen Partnern vernetzt werden. Wo sinnvoll, sollte der Wirkungsbereich der Büros regional bzw. über das Zielland hinaus erweitert werden.
- **Städtepartnerschaften wirtschaftlich nutzbar machen:** Berlins Städtepartnerschaften sollten in das Internationalisierungskonzept des Landes integriert werden, um aus den bereits bestehenden Partnerschaften mehr wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen, etwa für branchenübergreifende Cluster-Zusammenarbeit in Zukunftsthemen. Dabei soll priorisiert werden, welche Partnerstädte für wirtschaftliche Kooperationen besonders lohnend sind.

Wirtschaftsbeziehungen zu den USA

haben enorm an Verlässlichkeit verloren.

Unternehmen mit USA-Geschäft belastet vor allem

handelspolitische Unsicherheit (67 %).



Nachhaltige Metropole

Transformation gestalten – nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen

Die Transformation Berlins zu einer nachhaltigen Weltmetropole zählt zu den zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre. Sie ist Voraussetzung für die langfristige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts, geht jedoch mit erheblichen Investitionsbedarfen einher, die weder von der öffentlichen Hand noch von privaten Akteuren allein getragen werden können. Gleichzeitig fehlt es bislang an einer ausreichend klaren strategischen Ausrichtung der Nachhaltigkeitspolitik sowie an verlässlichen Rahmenbedingungen für Investitionen. Eine wichtige Rolle bei dieser Transformation spielt die Soziale Ökonomie: Rund ein Viertel aller deutschen Sozialunternehmen ist in Berlin ansässig und gestaltet die nachhaltige Entwicklung der Stadt aktiv mit. Trotz ihres bedeutenden Beitrags zu sozialen Innovationen und nachhaltigen Lösungen werden die spezifischen Bedarfe dieses Sektors in der Wirtschaftspolitik bislang jedoch nur unzureichend berücksichtigt.

IHK-FORDERUNGEN:

- **Nachhaltige Metropole – Berlins strategische Ausrichtung:** Mit der neuen Berliner Nachhaltigkeitsstrategie ist ein Meilenstein erreicht. Um als Gesamtstrategie wirksam zu sein, bedarf sie allerdings einer richtungsweisenden Fokussierung, konkreter Indikatoren, klarer Rollen, ausreichender Ressourcen für die Umsetzung und einer zentralen Gesamtsteuerung samt regelmäßigem Monitoring. Darüber hinaus sollten zentrale Basisangebote erhalten bleiben, etwa Einstiegsberatungen für Unternehmen, eine berlinweite Übersicht zu Nachhaltigkeitsangeboten sowie die gezielte Unterstützung und Sichtbarmachung erfolgreicher Ideen und Initiativen in der Stadt.
- **Investitionen in die Zukunft - für eine nachhaltige Finanzierung der Transformation:** Die nachhaltige Transformation Berlins und deren Finanzierung kann nur gelingen, wenn die Wirtschaft als zentraler Partner eingebunden und in ihrer Eigenverantwortung gestärkt wird. Um privates Kapital und Know-How zu mobilisieren, sollten öffentliche Investitionen in die Transformation gezielt durch

alternative Finanzierungsmodelle, wie öffentlich-private Partnerschaften, ergänzt werden. Gleichzeitig braucht es verlässliche und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, damit Unternehmen ihren Beitrag zur Transformation leisten können: mehr Planungssicherheit, deutlich schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, steuerliche Transformationsanreize sowie attraktive Finanzierungsbedingungen – insbesondere in der Übergangsphase hin zu nachhaltigen Geschäftsmodellen..

- **Sozial. Wirtschaften. Berlin - Stärkung der sozialen Ökonomie in Berlin:** Damit Berliner Unternehmen der sozialen Ökonomie ihr volles Innovationspotenzial entfalten können, benötigen sie bedarfsgerechte Förder- und Finanzierungsangebote ohne zusätzliche bürokratische Hürden. Bestehende Programme müssen regelmäßig evaluiert und angepasst werden. Zudem sollten Beratungs-, Unterstützungs- und Vernetzungsangebote für den Sektor der Sozialen Ökonomie verstetigt und weiter ausgebaut werden.

Herausgeber

IHK Berlin
Fasanenstraße 85
10623 Berlin
Telefon: +49 30 31510-0
Telefax: +49 30 31510-166
E-Mail: service@berlin.ihk.de
www.ihk.de/berlin

Ansprechpartner

Eike Paulun & Caroline Falk
IHK Berlin - Politikmanagement
E-Mail: politikmanagement@berlin.ihk.de

Fotos

Titel: ©Nikida – iStockphoto.com | Seite 3: ©frankpeters – iStockphoto.com | Seite 5: ©golero – iStockphoto.com
Seite 6: ©anyaivanova – iStockphoto.com | Seite 8: ©querbeet – iStockphoto.com
Seite 9: ©gorodenkoff – iStockphoto.com | Seite 10: ©Tempura – iStockphoto.com
Seite 11: ©Sean Anthony Eddy – iStockphoto.com | Seite 13: ©Asia-Pacific Images Studio – iStockphoto.com
Seite 15: ©Nellmac – iStockphoto.com | Seite 17: ©MTStock Studio – iStockphoto.com

Quellen

Seiten 4, 5, 8, 9, 11, 13, 15, 17: Unternehmensbefragung zur AgH-Wahl der IHK Berlin, März 2026
Seiten 6, 7: Konjunkturbefragung Jahresbeginn der IHK Berlin, Februar 2026
Seite 10: Eigene Berechnungen auf Basis der Flächennutzungspläne-Änderungen und –Berichtigungen seit 2015
Seite 12: Innovative Finanzierungslösungen für Berlins Infrastruktur, Ostdeutscher Bankenverband e.V., Investitionsbank Berlin, Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V., April 2025
Seite 16: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Februar 2026
Seite 18, 19: Energiewendebarenometer der IHK Berlin, Juli 2025
Seite 20, 21: Statistisches Bundesamt, Going-International Umfrage der IHK Berlin, März 2026

Stand

10. März 2026

